

Gruppe CDU / FDP

im Rat der Stadt Hildesheim

Gruppenantrag	Vorlage-Nr: 15/185
Federführend: CDU-Fraktion	Status: öffentlich Datum: 10.06.2015 Verfasser/in: Christian Redepennig
Auf Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Vorschulische Betreuungsplätze in Hildesheim	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
23.06.2015	Jugend- und Sozialausschuss
Zuständigkeit	
Information	

Sachverhalt:

Lokalen Medienberichten war zu entnehmen, dass die Stadtverwaltung kurzfristig 40 zusätzliche Stellen für die Betreuung in Kindertagesstätten einzurichten hat. Die Notwendigkeit dieses zusätzlichen Personals ergibt sich aus einem Erlass des Kultusministeriums und besteht dem Grunde nach bereits seit 1993. Die nunmehr unaufschiebbar gewordenen Neueinstellungen werden somit eine ungeplante, aber massive Erhöhung des jährlichen Personalaufwands verursachen.

Auch der aktuelle Tarifstreik der Sozial- und Erziehungsberufe zielt auf eine materielle Aufwertung dieser Berufsgruppen und wird eine zusätzliche Mehrbelastung des städtischen Haushalts beanspruchen.

Durch die o.g. Neueinstellungen und zu erwartenden Tarifierhöhungen wird bereits für das Jahr 2015 im städtischen Haushalt ein Mehraufwand von ca. 3,8 Millionen Euro entstehen.

Angesichts dieser finanziellen Dimensionen und bezogen auf die gesellschaftliche Bedeutung hält es die CDU/FDP-Gruppe für erforderlich, die Thematik der Kindesbetreuung in den politischen Gremien umfassend und zukunftsweisend zu beraten.

Als Einstieg in die folgende Debatte wird die Verwaltung zunächst darum gebeten, die nachstehenden Fragen in der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 23.06.2015 zu beantworten:

- 1.) Wie hoch ist die Quote der Elternbeiträge gemessen an den Gesamtkosten?
- 2.) Wie ist der Sachstand zu den Planungen zur Einrichtung einer Betriebskindertagesstätte?
- 3.) Wie hoch ist der Anteil der Plätze vorschulischer Betreuung, die sich nicht in kommunaler Hand befinden? Inwieweit ließe sich diese Quote - dem Subsidiaritätsprinzip aus § 4 Abs. 2 SGB VIII folgend - erhöhen?
- 4.) Wie hoch sind die Kosten pro Betreuungsplatz?
- 5.) Wie hoch ist der Personalkostenanteil in den Gesamtkosten (getrennt nach kommunaler Trägerschaft / freier Trägerschaft)?
- 6.) Welche Überlegungen der Verwaltung gibt es, den o.g. Mehraufwand in diesem und in den folgenden Jahren aufzufangen?

Beschlussvorschlag:

Anlage/n